

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgebühren) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 30 M .
für Versammlungsanzeigen 10 M pro Zeile.

Unsere statistischen Feststellungen vom 25. Januar 1919.

467 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 34 538 nachgewiesen. Die Zahl der Zurückmeldungen vom Militär seit der letzten Feststellung (28. Dezember 1918) beträgt 5499. Arbeitslos waren 3491 oder 10,11 pSt. und krank 568 oder 1,63 pSt. In den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten sieht es wie folgt:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 5) krank	arbeitslos	Frank
	Zahlstellen	Mitglieder			
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	12	666	100	58	9
Westpreußen	7	1019	125	102	8
Brandenburg	43	3856	370	735	60
Pommern	29	1007	169	132	14
Rosen	9	327	54	42	1
Schlesien	37	2083	372	143	39
Sachsen	31	2444	388	68	13
Schleswig-Holstein	39	1762	216	83	31
Hannover	26	1403	308	73	21
Westfalen	15	752	98	18	7
Hessen-Nassau	4	1016	261	55	21
Rheinland	11	1555	110	51	27
Preußen	263	17890	2571	1560	251
Bayern (Rheinpfalz)	42	3025	493	139	45
Sachsen (Weimar)	40	5324	1152	1061	90
Württemberg	7	830	89	44	14
Baden	4	567	70	27	8
Hessen	2	209	21	11	5
Mecklenburg-Schwerin	37	882	147	54	26
Sachsen-Weimar	8	482	91	12	6
Mecklenburg-Strelitz	8	168	21	12	8
Oldenburg	8	383	82	14	7
Braunschweig	8	388	55	4	8
Sachsen-Meiningen	7	221	66	26	6
Altenburg	7	266	36	12	6
Coburg-Gotha	3	283	71	22	9
Anhalt	6	267	29	1	4
Schwarzburg-Sondershausen	2	70	28	9	2
Rudolstadt	2	60	21	1	—
Waldeck	1	8	7	3	—
Reuß ä. L. (Greiz)	1	36	9	6	—
Reuß j. L. (Gera)	1	140	24	7	1
Schaumburg-Lippe	3	54	16	9	3
Lippe-Deimold	1	10	4	2	1
Lübeck	1	285	17	26	10
Bremen	1	774	137	74	16
Hamburg	4	1916	242	355	37
Elbsaß-Lothringen	—	—	—	—	—
Deutsches Reich	467	34538	5499	3491	563

Nicht oder zu spät berichtet haben folgende Zahlstellen. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Ostpreußen: Braunsberg, Gumbinnen, Heiligenbeil, Mohrungen, Neidenburg, Ortelsburg, Piskallen, Sensburg, Stallupönen.

Westpreußen: Culm, Culmse, Flatow, Graudenz, Marienwerder, Neuhof.

Brandenburg: Bernsee, Birkenwerder, Cüstrin, Dahme, Driesen, Friedrichshagen, Fürstenwalde, Gramzow, Hermsdorf, Kallberge, Königsberg i. d. Neumark, Kremmen, Lehnin, Marienwalde, Mittenwalde, Neudamm, Oderberg, Perleberg, Prenzlau, Prignitz, Reetz, Spremberg, Schwiebus, Velten, Welzow, Werder, Werneuchen, Wusterhausen, Zielentz, Zossen, Züllichau.

Pommern: Altdamm, Belgard, Bittow, Daber, Demmin, Garz a. Mügen, Gollnow, Greifenhagen, Güstrow, Kolberg, Körlin, Pöcknitz, Pölitz, Pyritz, Rothemühl, Rügenwalde, Wolgast, Wollin.

Rosen: Rothenburg a. d. Obra.

Schlesien: Vollenhain, Wrieg, Glaz, Goldberg, Grünberg, Kattowitz, Kolzig, Miltitz, Neurode, Oberrig, Peistritz, Reichenbach.

Provinz Sachsen: Bad Sachsa, Bitterfeld, Calbe, Elbe, Droyzig, Egeln, Gisleben, Gardelegen, Gommern, Genthin, Gräfenhainichen, Halberstadt, Halle, Heitsteden,

Hohennäfen, Liebenwerda, Mühlhausen, Neuwegerleben, Osterwieck, Salzweil, Seehäusen i. d. Altmark, Seehäusen b. Wanzleben, Suhl, Schönebeck, Stendal, Tangerhütte, Tangermünde, Weferslingen, Weisenfels, Zeitz.

Schleswig-Holstein: Burg i. Dithm., Gaderleben, Izhoe, Meldorf, Norderne, Odesloe, Plön, Trittau.

Hannover: Bergen b. Celle, Ginden, Gollerleben, Goslar, Hameln, Hann. Münden, Lückow, Munster, Neuhaus a. d. E., Nienburg a. d. W., Osnabrück, Peine, Springe, Wilhelmshaven, Winen a. d. Lube.

Westfalen: Gelsenkirchen, Lübbecke, Lüdenscheid, Rhaden.

Hessen-Nassau: Bad Orb, Fulda, Homberg, Reichenbach, Röhrda, Schenklengsfeld, Wiesbaden.

Rheinland: Barmen-Elberfeld, Coblenz, Crefeld, Saarbrücken.

Bayern: Arzberg, Aschaffenburg, Dillingen, Hof, Kaufbeuren, Miesbach, Roth, Schwarzenbach.

Rheinpfalz: Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Speyer.

Sachsen: Aue, Chemnitz, Crimmitschau, Döbeln, Falkenstein, Glauchau, Hainichen, Klingenthal, Marktredwitz, Mittweida, Oelsnitz, Pöhlitz, Penig, Schwarzenberg, Strehla, Treuen, Werda, Wurzen.

Württemberg: Heidenheim, Nürtingen, Reutlingen, Ulm.

Baden: Freiburg, Lahr, Lörrach, Philippsburg, Schopfheim.

Hessen: Bensheim, Mainz, Somb, Worms.

Mecklenburg-Schwerin: Brühl, Brunshaupten, Daffow, Dömitz, Goldberg, Grevesmühlen, Güstrow, Hagenow, Malchow, Marlow, Ribnitz, Stavenhagen, Wittenburg.

Sachsen-Weimar: Apolda, Bürgel, Jmenau.

Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz.

Oldenburg: Fever, Stodoldorf.

Braunschweig: Blankenburg, Eschershausen, Holz- minden, Schöningen, Stadoldendorf.

Sachsen-Meiningen: Meiningen.

Sachsen-Altenburg: Lueda.

Sachsen-Coburg-Gotha: Crawinkel, Herbs- leben, Waltershausen.

Anhalt: Ballenstedt, Bernburg, Gföden.

Schwarzburg-Rudolstadt: Blankenburg, Königsee, Neura, Neuselbach.

Reuß ä. L.: Zeulenroda.

Reuß j. L.: Schleiz.

Lippe-Deimold: Salzkufen.

Elbsaß-Lothringen: Mez, Straßburg.

Die Beteiligung an den Feststellungen ist diesmal noch erheblich geringer als im Dezember 1918. Wir sehen uns deshalb genötigt, erneut zur rechtzeitigen Einsendung der Karten aufzufordern. Die Mitglieder in den fehlenden Zahlstellen sollten ihre Funktionäre dazu anhalten, wenn diese selbst es an Interesse mangeln lassen.

Wieder- oder neuerrichtete Zahlstellen, die nicht im Besitz von Material sind, haben es beim Zentralvorstand anzufordern. Ferner ist darauf zu achten, daß bei den Neuwahlen zum Vorstand und Uebergabe der Utensilien auch das Material für die Feststellungen mit ausgehändigt wird.

Das Ergebnis für den 28. Dezember 1918 stellt sich, nachdem noch eine Anzahl Zahlstellen verspätet berichtet haben, wie folgt:
Zu 565 Zahlstellen mit zusammen 31 485 Mitgliedern hatten sich seit der letzten Feststellung (30. November 1918) 7810 Mitglieder vom Militär zurückgemeldet, 2560 waren arbeitslos und 617 krank.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 22. Februar. Karte 3 ist einzusenden.

Weimar und Bern.

Auf die einstige Residenz der sächsisch-thüringischen Großherzöge und auf die Bundeshauptstadt der Schweiz sind in diesen Tagen die Blicke der Welt gerichtet. In Weimar beginnt die deutsche Nationalversammlung ihre Wirksamkeit, und in Bern tagt der internationale Sozialistenkongress. Beide sollen aufbauen: Die Nationalversammlung muß das Werk der Revolution besiegeln durch eine neue Reichsverfassung, in der nicht mehr die Rede sein wird von Kaiser und Fürsten, von Reservatrechten und andern parfürierten Einschränkungen, sondern die aus dem großen schöpferischen Drange der deutschen Revolution nach Einheit

und Kraftentfaltung die Grundpfeiler für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen sozialen Republik schafft. Und auch der Berner Sozialistenkongress muß zimmern und bauen. Das alte Gefüge der Internationale war zerrissen worden. Der internationale Imperialismus war mächtiger gewesen als das internationale Proletariat. Der Imperialismus hatte die Kanonen für sich, das Proletariat nur den Abscheu vor dem Völkergemebel. Und da nach Ausbruch der Katastrophe in jedem am Kriege beteiligten Volke der Selbsterhaltungstrieb erwachte, setzte sich jedes zur Wehr gegen die, von denen es sich bedroht fühlte. Jeder Teil behauptete, angegriffen worden zu sein, und doch begnügte sich keiner mit der Abwehr. Die kümmerlichen Schutzwälle der Kultur waren durchbrochen; die Stimmen der Vernunft erstarben ungehört im Brüllen der Geschütze; die allgemeine Raserei war entfesselt; die Erntemenschheit der Menschen wütete grenzenlos; die sozialistischen Ideale lagen zerschlagen und geschändet am Boden.

Da sollen Weimar und Bern neue Grundlagen schaffen, die feier sind als die bisherigen und die den Urfeinden der Menschheit, der persönlichen Profitgier und dem Machtstachel, für immer die Raubtiegelüste austreiben.

Ob sie ihre Aufgaben lösen werden? Wer möchte dafür die Gewähr übernehmen! Der gute Wille muß vorhanden sein; aber der Hemmungen und Widerstände gibt es allzu viele. Immerhin wird ein kräftiger Schritt nach vorwärts gemacht werden können, dem andere folgen. Wie aus dem Rinde nicht unvermittelt ein Mann wird, so vollziehen sich auch die geistigen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Menschheit in oft kaum bemerkbaren, aber in rastloser Folge sich ergänzenden Fortschritten. Nachdem in Deutschland die alten Mächte beseitigt sind, werden die neuschaffenden Triebe längere Zeit sich schnell entfalten können zu Blüte und Frucht. Auch auf das zur Internationale vereinigte Proletariat wird der Krieg nicht ohne erheblichen Einfluß gewesen sein. Frühere Fehler werden vermieden, auf gewisse Punkte wird mehr Nachdruck gelegt werden.

In Weimar werden die Sozialdemokraten nicht die Mehrheit haben. Nur mit Hilfe der bürgerlichen Demokraten wird eine beschlußfähige Mehrheit zu erlangen sein. Vorerst liegt darin keine Gefahr, soweit rein politische Verfassungsverhandlungen in Betracht kommen. Auf diesem Gebiete werden die einstigen Fortschrittler, gezwungen durch die allgemeine Stimmung, mit am Strange ziehen müssen. Doch auch Steuerfragen und Vorbereitungen zur Sozialisierung werden von der Nationalversammlung in Angriff zu nehmen sein. Schon hier können sich die Geister scheiden. Zwar für Verstaatlichung der Bergwerke, des Versicherungswesens, bestimmter Großbetriebe und anderer geeigneter Unternehmungen wird nicht nur der größte Teil der Fortschrittsdemokraten zu haben sein, sondern auch ein Teil der Zentrumsdemokratie, weil das Reich die Einnahmen daraus unbedingt braucht. Soweit also die Verstaatlichung fiskalischen Zwecken nutzbar gemacht wird, dürften kaum ernstere Differenzen zu erwarten sein. Ob aber über diesen engen Rahmen hinaus die Bestrebungen nach Sozialisierung die zur Bildung einer Mehrheit erforderliche Unterstützung finden werden, steht durchaus noch nicht fest. Vor acht Tagen trat allerdings Professor A. Weber im „Berliner Tageblatt“ für eine „weitgehende gesellschaftliche Regelung der Betriebsführung“ ein, doch gleichzeitig wandte er sich gegen die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, weil die Triebkräfte, die in der privaten Kapitalbildung liegen, unentbehrlich seien zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Er will auch nichts von der Besitzergreifung der Bergwerke durch die Bergarbeiter wissen, weil dann die Leiter der Betriebe kein persönliches Interesse mehr an deren Gedeihen hätten. Man sieht, wie auch sozial fortgeschrittene Demokraten sich noch nicht von dem Gedanken trennen können, die Aussicht auf persönliche Bereicherung aus dem Produktionsgewinn sei eine unentbehrliche Voraussetzung für fleißiges Schaffen. Sie erkennen nicht, wie sie an ihrer eigenen Theorie Schiffbruch erleiden.

Dem mit demselben Rechte könnte der Arbeiter erklären, weil er keinen persönlichen Vorteil aus dem höheren oder geringeren Betriebsüberschuss ziehe, brauche er sich nicht anzustrengen und könne seine Arbeit kässig verrichten. Was dem Unternehmer recht wäre, müßte dem Arbeiter billig sein. Vertrauen wir dem gesunden Sinne und dem Zwang der Verhältnisse, daß in Weimar Gedächtnis geleistet wird. Schon jetzt aber muß jeder Arbeiter ins Auge fassen, daß im Sommer, wenn die verfassunggebende Nationalversammlung ihre Arbeiten beendet haben wird und die Wahlen zum Volkshaus zu vollziehen sein werden, diese Wahlen eine reine sozialdemokratische Mehrheit bringen. Dann werden alle Zweifel über die Zukunft erlöschen können.

Die Berner Internationale wird ihren Schwerpunkt darin suchen, daß die Arbeiter auf der Friedenskonferenz als selbständige Partei vertreten sein und ihre eigenen Forderungen aufstellen wollen. International sollen die wichtigsten Arbeiterfragen geregelt werden. Ueber Lohnhöhe und Länge des Arbeitstages seien zwar nicht schematisch gleiche, aber doch umfassende und bindende Abmachungen zu treffen. Die Internationale beschreitet damit ein Gebiet, das den Widerstand aller kapitalistischen Regierungen erregen wird. Aber trotzdem und gerade deshalb werden die Beschlüsse von hohem Werte sein. Sie werden auch als Mittel bei der inneren Wiedervereinigung der Arbeiter aller Länder dienen. Von Vandalen wurde berichtet worden, er lehne mit den belgischen Genossen die Bescheidung der Berner Tagung ab, weil sie mit den Deutschen nicht zusammentreffen möchten. Ganz grundlos scheint die Nachricht nicht gewesen zu sein; denn es hat langer und erregter Besprechungen in Paris bedurft, ehe die Belgier ihre Teilnahme zugesagt haben und Vandalen öffentlich erklären ließ, er habe sich nicht gewiegert, mit den Deutschen gemeinsam zu beraten. Nach vorliegenden Berichten ist das Verhältnis zwischen den bisher eingetroffenen Delegierten, unter denen sich als Vertreter des deutschen Parteivorstandes Hermann Mollenhuth, Hermann Müller und Otto Wels befinden, ein durchaus kameradschaftliches. Das sollte selbstverständlich sein. Nur das innerlich ganz einig und äußerlich fest vereinigte Proletariat vermag die Sicherheit zu schaffen, daß der Völkerverbund die Menschheit vor neuen Kriegen behutet.

So mögen Weimar und Bern, jedes an seinem Teile, dem Wiederaufstieg Deutschlands und der Menschheit dienen und Zustände andeuten, die die schweren Leiden der vergangenen Jahre vergessen lassen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

„Zimmerer“-Bestellungen.

Es gehen jetzt Woche für Woche zahlreiche „Zimmerer“-Bestellungen ein, da sich infolge der Zurückmeldungen aus dem Heeresdienst und von Neuaufnahmen der Mitgliederbestand in den Zahlstellen fast täglich verändert. Durch die Neubestellung der Vorstandsposten und aller übrigen Funktionen in den Zahlstellen ergeben sich sehr viele Adressenveränderungen. Vielfach werden die neuen Adressen des Vorsitzenden und des Kassierers gemeldet, ohne daß angegeben wird, an wen künftig die „Zimmerer“-Geschäfte gehen sollen. Oft genug sind schon Klagen darüber geführt worden, besonders von Zahlstellenkassierern, daß ihnen, obwohl sie von ihrer Wahl rechtzeitig Mitteilung gemacht und auch ihre richtige Adresse angegeben haben, die „Zimmerer“-Geschäfte nicht zugesandt werden. Eine entsprechende Mitteilung hierüber haben sie jedoch nicht gemacht, sondern es für selbstverständlich gehalten, daß so verfahren wird. Die Schuld liegt in solchen Fällen bei den Kassierern selbst. Für die Zukunft ist daher streng zu beachten, daß bei Anmeldung von neu gewählten Vorstandsmitgliedern in jedem Falle besonders angegeben ist, ob auch in „Zimmerer“-Verband eine Änderung eintritt. Wo das nicht ausdrücklich bemerkt wird, geht der „Zimmerer“ nach wie vor an die bisherige Adresse. Adressenveränderungen und „Zimmerer“-Bestellungen sollen aber auch immer rechtzeitig eingehen, damit sie für den Versand der laufenden Nummer noch berücksichtigt werden können. Zu dem Zweck müssen sie spätestens Sonntags in den Zahlstellen aufgegeben werden, damit sie bis Dienstag in Händen der Expedition sind. Am Mittwoch früh noch eingehende Bestellungen können erst für die folgende Nummer des „Zimmerer“ Berücksichtigung finden.

Inhaltsverzeichnis für den „Zimmerer“ 1918.

Der „Zimmerer“-Sendung liegt diesmal ein Inhaltsverzeichnis für den „Zimmerer“, Jahrgang 1918, bei, das an den Zahlstellenvorsitzenden abzugeben ist. Für Nachbestellungen steht nur eine geringe Anzahl von Exemplaren zur Verfügung.

Bestellungen auf gebundene „Zimmerer“ von 1918

sind umgehend bei dem Unterzeichneten einzureichen. Der Preis beträgt pro Exemplar M 4.50 einschließlich Porto.
Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Eine Vertretung der Arbeiter auf den einzelnen Bauteil beziehungsweise Zimmerplätzen steht der Reichstaxtarifvertrag für das Baugewerbe nicht vor, wohl aber die Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen vom 15. November 1918. Hierzu haben die Vertreter der beiderseitigen Organisationen für das Baugewerbe vereinbart:

„Die in Punkt 7 der Vereinbarung vom 15. November 1918 vorgesehene Einsetzung von Arbeiterausschüssen für Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten ist im Baugewerbe nicht durchführbar. Die Zentralorganisationen vereinbarten an ihrer Stelle die in Zukunft die Arbeiter auf jeder Arbeitsstätte berechtigt sind, Baudelegierte zu ernennen, die die Arbeiter zu vertreten haben und Beschwerden über Nichtbeachtung der Tarifvertragsbestimmungen oder Arbeiterschutzbestimmungen beim Unternehmer oder dessen Vertreter vorbringen können. Maßnahmen der Baudelegierten dürfen nicht stattfinden. Beschwerden des Baudelegierten über vermeintliche Maßregelungen oder des Arbeitgebers über den Baudelegierten sind an die Organisation zu richten, der der Baudelegierte angehört.“

Der Lohnausgleich in Ostpreußen ist noch keineswegs in allen Zahlstellen durchgeführt. Die Schwierigkeiten rühren vielfach von dem Rundschreiben des Ostpreussischen Arbeitgeber-Bezirksverbandes für das Baugewerbe vom 10. Dezember 1918 her, das wir in Nr. 52 des „Zimmerer“ vorigen Jahres veröffentlicht haben. Dieses Rundschreiben ist bekanntlich auf eine „Vereinbarung“, die der Vorsitzende genannten Verbandes mit Arbeitervertretern getroffen haben wollte, wonach für die Mitglieder des Ostpreussischen Arbeitgeberverbandes bis 4. März 1919 nur eine Stunde und vom 15. März ab die zweite Stunde auf acht Stunden umzurechnen sei. Diese „Vereinbarung“ über deren merkwürdiges Zustandekommen wir gleichfalls berichtet haben, ist inzwischen aufgehoben worden; trotzdem berufen sich noch vielfach die Arbeitgeber darauf bei Verhandlungen über den Lohnausgleich. Das ist auch in Braunsberg, Lgd und Rastenburg geschehen. Um unsere Kameraden vor Schaden zu bewahren, sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß allenthalben auf dem vollen Ausgleich zu bestehen ist.

Die Lohnumrechnung in Pommern ist noch nicht überall geregelt, obwohl die zuständigen Bezirksarbeiterverbände durch unsere Anleitung angefordert worden sind, die Regelung zu bewirken. Zur Beschleunigung der Angelegenheit ist auch der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe angerufen worden. Wie aus einem Schreiben von ihm an den Zentralvorstand unseres Verbandes erhellt, hat der Pommersche Provinzialverband mitgeteilt, daß er die betreffenden Unterverbände am 15. Januar angewiesen hat, die Stundenlöhne mit Wirkung vom 30. November 1918 auf den achtstündigen Arbeitstag umzurechnen. Der Bezirksverband Neuborpommern hat Verhandlungen beantragt über die Umrechnung, eventuell vor den Schlichtungskommissionen. Falls diese Verhandlungen nicht inzwischen stattgefunden haben, sind sie von unsern Kameraden in allen noch unregelmäßig Orten schnellstens einzuleiten.

Vereinbarungen in Ederförde. Mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Ederförde ist eine weitere Zulage von 10 % pro Stunde vereinbart, die bei einer nach dem 1. April dieses Jahres eintretenden Lohnserhöhung zu 50 % angerechnet werden soll. Der Lohn für Maurer und Zimmerer beträgt jetzt M 1.55, für Bauhilfsarbeiter M 1.45 pro Stunde. Die Arbeitszeit währt von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends mit einer halbstündigen Frühstückspause.

Differenzen in Duisburg. Zu einer erneuten Arbeitsniederlegung ist es bei der Firma Dyckerhoff & Widmann in Duisburg gekommen. Mit der Firma war bereits eine Verständigung erzielt, die von ihr aber nicht eingehalten worden ist. An der Arbeitsniederlegung sind 22 Kameraden beteiligt.

Die Auslösung Vereinbarung in GbM wollen die Unternehmer aufheben. Sie machten sich die Sache sehr leicht, indem sie ein Rundschreiben ihres Vorsitzenden, Herrn Thiemann, auf jeder Baustelle durch Anschlag bekanntgaben, wonach ab 16. Januar die Auslösung wegfiel. Von den Vertretern der Arbeiterorganisationen wurde hiergegen protestiert und eine Sitzung der Schlichtungskommission gefordert. Die Unternehmer bestritten die Zuständigkeit der Schlichtungskommission; das Tarifamt entschied jedoch, daß die Angelegenheit vor die Schlichtungskommission gehöre. Der Spruch der Schlichtungskommission lautete dahin, daß die Vertragskontrahenten selbst über die Auslösung zu verhandeln hätten. Das ist geschehen mit dem Ergebnis, daß die Auslösung bis 1. März dieses Jahres weitergezahlt wird und daß am 15. Februar die Verhandlungen über den Neuaufschluß eines Vertrages für das gesamte Baugewerbe beginnen sollen. Hier soll auch über die Welterzahlung der Auslösung verhandelt werden. Diesem Ergebnis hat eine Versammlung der Bauarbeiter und Zimmerer zugestimmt.

Beilegte Differenzen in Altenburg. Bei der Firma Hartefeld aus Wilhelmshagen, die Arbeiten für die Deutsche Erdöl-Altenburggesellschaft in der Nähe von Altenburg ausführt, entstanden Differenzen über die ab 1. Januar dieses Jahres fällige Teuerungszulage von 9 % pro Stunde. Die Firma hat bisher streng darauf gesehen, daß der Hamburger Lohnstarif in allen seinen Teilen auch für die hier in Frage kommenden Arbeiten zu gelten habe. Jetzt sollte das plötzlich anders und die Firma durch die Gewährung einer Teuerungszulage von 20 % ab 1. Oktober 1918 weiterer Verpflichtungen entbunden sein. Das konnten natürlich die bei ihr beschäftigten Arbeiter nicht einsehen, und als alle Versuche einer friedlichen Beilegung der Differenzen fehlgeschlagen, wurde am 18. Januar die Arbeit niedergelegt. Wiederholte Verhandlungen scheiterten an dem ablehnenden Verhalten der Firma, bis sie sich endlich am 27. Januar

dazu verstand, in die Nachzahlung der Teuerungszulage ab 1. Januar dieses Jahres zu willigen. Am 28. Januar wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Mitgliederversammlung am 21. Januar. Tagesordnung: Unsere Lohnfrage; Vorstandswahl. Durch den vorgenommenen Lohnausgleich infolge Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf acht Stunden wurde dem Verlangen der Zimmerer Bremens auf Erhöhung des Lohnes nicht so Rechnung getragen, wie es die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse notwendig machen. In einem Schreiben vom 10. Dezember 1918 wurden die Unternehmer auf die stark gesunkene Kaufkraft des Geldes sowie auf das Mißverhältnis zwischen den Löhnen der Werkarbeiter einerseits und denen der Zimmerer aufmerksam gemacht. Gleichzeitig wurde die Einberufung einer gemeinsamen Sitzung, die sich mit diesen Fragen beschäftigen sollte, in Vorschlag gebracht. Die Unternehmer lehnten jedoch ab und verwiesen auf den bis zum 31. März 1919 geltenden Tarifvertrag. Mit dieser Antwort konnten sich die Zimmerer Bremens nicht zufrieden geben, waren jedoch bereit, die Lohnfrage in friedlicher Weise zu regeln. Die Unternehmer wurden durch Schreiben vom 30. Dezember 1918 ersucht, uns bis zum 3. Januar 1919 zu antworten, andernfalls wir gezwungen wären, einen andern Weg einzuschlagen. Abermalige Ablehnung mit dem Hinweis auf den Vertrag war das Resultat. Die Unternehmer bestanden auf ihrem Schein, den sie sich in andern Zeiten erprobt hatten, und jetzt, nachdem sich die Verhältnisse vollständig geändert haben, angewendet wissen wollen. Nunmehr wandten wir uns an den Demobilisierungsausschuß. Unter Darlegung der mißlichen Lage, in der sich die Zimmerer Bremens befinden, mit dem Hinweis, daß es durch das ablehnende Verhalten der Unternehmer zu erheblichen Störungen im Baugewerbe kommen muß, erwarteten die Zimmerer, daß ihre Eingabe an den Bund der Baugeschäfte in ihrem Sinne geregelt werde. Nachdem das Volkskommissariat für Fabrik- und Arbeitswesen auf die Sachlage aufmerksam gemacht war, reichten die Zimmerer am 17. Januar ihre Forderungen dem Bund der Baugeschäfte ein. Ohne die sonstigen Bestimmungen des Vertrages zu berühren, wurden für gelernte und ungelernete Arbeiter M 2.40 pro Stunde, für Lehrlinge im ersten Jahre 50 %, im zweiten Jahre M 1 und im dritten Jahre M 1.50 pro Stunde gefordert. In Zusätzen zu § 4 Abs. 2 des Vertrages sollen gezahlt werden: für Überstunden 50 %, für Nachtarbeit 100 %, Sonntagsarbeit und Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen 100 %, für Arbeiten im Wasser 40 %, Straßkanäle bis 8 Meter Tiefe 15 %, tiefer als 8 Meter 30 % pro Stunde, Karbolinarbeiten 80 %, für Turm- und Gerüstarbeiten über 15 Meter Höhe 80 %, bei Wasser-, Kamm- und allen damit in Zusammenhang stehenden Arbeiten 80 % pro Stunde. Bei Arbeiten über das Lohngebiet hinaus sollen Privatlohn und Post sowie alle 4 Wochen freie Fahrt gewährt werden. Für Baudelegierte wird größere Sicherheit sowie Gleichstellung mit den Ausschussmitgliedern größerer Betriebe gefordert. Falls eine Entscheidung des Bundes der Baugeschäfte bis zum 21. Januar abends 6 Uhr nicht vorliegt, würden die Zimmerer ihre Forderungen als abgelehnt betrachten. Am 20. Januar teilte der Bund der Baugeschäfte mit, daß er nicht beauftragt sei, über die Forderungen der Zimmerer lokal zu verhandeln. Er habe dieselben dem Zentralvorstand des Arbeitgeberbundes in Berlin übermittelt und empfehle das gleiche an unsern Zentralvorstand. Den Antrag, betreffend Erhöhung der Baudelegierten, will der Bund der Baugeschäfte ebenfalls zentral geregelt wissen, weil er sich nicht für berechnigt hält, usw. Alle Winnen ließ der Bund der Baugeschäfte springen, um die berechtigten Forderungen zu verschleppen, viellecht auf einen Umschwung der politischen Lage hoffend. Jetzt hatten sich die Dinge so weit zugespitzt, daß das Volkskommissariat für Fabrik- und Arbeitswesen ein Zusammenführen der Parteien für notwendig hielt. Es berief zum 22. Januar eine Sitzung ein, um eine Aussprache über Einigung herbeizuführen. Den Vorsitz übernahm der Vorsitzende des Demobilisierungsausschusses, Oberbaurat Thalenhorst. In dieser Sitzung wurde die aufgestellte Forderung eingehend begründet und darauf hingewiesen, daß ein längeres Verschleppen von den Zimmerern auf keinen Fall gebüht würde. Auch in dieser Sitzung ritten die Unternehmer ihr altes Stöckchen und klammerten sich an den Zentralvorstand. Nach längerem Verhandeln kam auf Vorschlag des Vorsitzenden, Oberbaurat Thalenhorst, folgende Vereinbarung zustande: Die Arbeitgeber verpflichten sich, ihrer Versammlung zu unterbreiten: 1. für gelernte Arbeiter pro Stunde M 2, 2. für Ungelernte M 1.90 pro Stunde. Die weitergehenden Forderungen sollen dem zu errichtenden Arbeitsamt überwiesen werden, um dort endgültig erledigt zu werden. Ueber den Vorschlag unter 1 und 2 sollte am 27. Januar weiterverhandelt werden. Dagegen sollten die Versammlungen der Arbeiter bis zur Entscheidung am 27. Januar vertagt werden. Die Versammlung war von dem Ergebnis nicht befriedigt, doch sollte weiterverhandelt werden. Zu diesem Zweck sollte eine achtgliedrige Lohnkommission in Verbindung mit dem Vorstand am 27. Januar weiterverhandeln. Hierzu wurde die Versammlung vertagt.

Die Fortsetzung der Mitgliederversammlung vom 21. Januar fand am 28. Januar statt. Tagesordnung: Unsere Lohnfrage; Vorstandswahl. Bei den Verhandlungen am 27. Januar versuchten die Unternehmer abermals, die Lohnfrage zu verschleppen, indem sie zentrale Verhandlungen verlangten. Recht lebhaft waren ihre Klagen über Vertragsbruch, auch wollten sie sich nicht als Streikbrecher von ihren Kollegen bezeichnen lassen. „Wir bestehen auf dem Reichstaxtarifvertrag, so wie er abgeschlossen worden ist“ meinte der Vorsitzende des Bundes der Baugeschäfte. Alle diese Einwendungen waren schon in der vorhergehenden Sitzung widerlegt, doch wollten die Unternehmer zunächst nicht davon absehen, trotzdem sie bestimmte Vorschläge in der Tasche hatten, mit denen sie nunmehr herauskrüden mußten. Für gelernte Arbeiter sollten M 1.90, für ungelernete M 1.80 pro Stunde gezahlt werden, wenn bestimmte Sicherungen erfüllt werden. Sicherung 1: Die Vereinbarung soll vorübergehend sein; 2. dieselbe soll nur für

Bremen und Umgebung Gültigkeit haben; 2. soll bei Staatsarbeiten Rückvergütung stattfinden. Nach längerem Verhandeln kam folgende Vereinbarung zustande: Der Lohn für gelehrte soll $\text{M } 2,-$ für ungelernete Arbeiter $\text{M } 1,90$ pro Stunde betragen. Ab 1. Februar 1919 Arbeitszeit: von 8-5 Uhr, $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück, $\frac{1}{2}$ Stunde Mittag, gleich 8 Stunden. Sicherung 1 wird anerkannt, weil das zu erreichende Arbeitsamt die weiteren Forderungen endgültig regeln soll. 2. und 3. finden ebenfalls Annahme mit der Maßgabe, daß § 4 Absatz i des Vertrages in Kraft bleibt. Die Versammlung hätte ein besseres Ergebnis erwartet, nahm diese Vereinbarung aber gegen viele Stimmen in der Erwartung an, daß das Arbeitsamt mehr Verständnis für die Notlage der Zimmerer zeigt als die Unternehmer. Es folgte nun die Vorstandswahl. Nach dem Regulaiv für die Wahlstelle Bremen kam diese nur in einer Wahlstellenversammlung vorgenommen werden. Der Vorstand will aber, daß diese Wahl jetzt vorgenommen wird, da augenscheinlich sich Mißtrauen eingeschlichen hat, besonders gegen den angestellten ersten Vorsitzenden. Dieses war durch eine Demonstration, die auf dem Markt Abfegung der Gewerkschaftsbeamten und Schließung des Gewerkschaftshauses forderte (letzteres war auch einige Tage besetzt), von außen hineingetragen worden. Auch die Parteizugehörigkeit war nicht ohne Einfluß auf einen Teil der Mitglieder geblieben. Sankam, daß das Volkswirtschaftsamt für Fabrik- und Arbeitswesen den Gewerkschaften aufgab, eine Versammlung abzuhalten, die sich wahrheitsgemäß mit dem von den Demonstranten gestellten Verlangen beschäftigen sollte. Von wem die Demonstration veranstaltet wurde, weiß niemand. Mit welchem Recht die Demonstranten in die Entschlüsse der Gewerkschaften eingreifen, weiß auch niemand. Alles dieses war nicht dazu angetan, ein gedeihliches Arbeiten des Vorstandes zu gewährleisten. Die Debatte bewegte sich zunächst in politischen Bahnen. Kleinere Einwendungen gegen die Tätigkeit des ersten Vorsitzenden konnte dieser leicht widerlegen. Der erste Vorsitzende, Kamerad Steffen, wurde mit großer Majorität wiedergewählt. Die weiteren Wahlen wurden dann glatt erledigt. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: erster Vorsitzender Steffen, zweiter Vorsitzender Caspar, erster Kassierer Hoops, zweiter Kassierer Senfpiel, erster Schriftführer Rühkopf, zweiter Schriftführer Richardt. Revisoren: Godemann, Lübke. Gegen die Besetzung des Gewerkschaftshauses wurde Protest erhoben und eine Entschließung einstimmig angenommen, die dahin geht, unsere Wahlstelle sowohl wie unsere Gewerkschaft nicht aufzulösen.

Offen a. d. M. Am 4. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Auch unser Gauleiter B. Jansen war anwesend. Der erste Vorsitzende, Kamerad Muecat, der während der 4 Kriegsjahre die Geschichte unserer Wahlstelle leitete, begrüßte die Anwesenden zur ersten Sitzung im neuen Jahre und hieß die aus dem Felde heimgekehrten Kameraden herzlich willkommen. Er gab seinem Wunsch dahin Ausdruck, im neuen Jahre mit vereinten Kräften für das Wohl unserer Wahlstelle schaffen zu können, um sie wieder auf die Höhe zu bringen, auf der sie vor Beginn des Krieges gestanden habe. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Sie lautete: Jahresbericht, Abrechnung vom dritten Quartal, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes. Zum Jahresbericht führte der Vorsitzende aus: Außer Sitzungen, Platzbesprechungen und Konferenzen mit den christlichen Bauarbeitern wurden im Jahre 1918 12 Versammlungen abgehalten. Außerdem fand am 15. September eine Gaukonferenz in Düsseldorf statt, wozu 2 Mitglieder unserer Wahlstelle entsandt waren. In fast allen Versammlungen und Besprechungen war auch der Kamerad Kaiser aus Dortmund anwesend, der weder Mühe noch Arbeit scheute, um in dieser bedrückten Zeit die Wahlstelle auf der Höhe zu halten. Aber auch unser Gauleiter stand uns in jeder Beziehung zur Seite. Unsere Mitgliederbewegung, die auch im vergangenen Jahre außerst rege war, weist folgende Zahlen auf: Am 1. Januar 1918 zählten wir 162 Mitglieder, am Schlusse des ersten Quartals 148, am Schlusse des zweiten 183, am Schlusse des dritten 124 und am Schlusse des vierten 135 Mitglieder. Wühin eine Abnahme von 27 Mitgliedern. Zum Militär waren am Schlusse des Jahres 1917 261 Mitglieder eingezogen, bis zum Waffenstillstandsblage 281 Mitglieder. Während der Kriegszeit sind 8 Mitglieder gefallen und 2 gestorben. An Kranksunterstützung zahlten wir an die Kriegerfrauen aus unserer Lokalkasse im Jahre 1914 $\text{M } 1204,25$, 1915 $\text{M } 2050,50$, 1916 $\text{M } 562,75$, 1917 $\text{M } 208$, 1918 $\text{M } 214$; außerdem wurde seitens der Hauptkasse $\text{M } 1807$ an unsere Kriegerfrauen gezahlt. An Krankengeldern wurden aus unserer Lokalkasse $\text{M } 707,80$, außerdem für Agitation $\text{M } 407,18$ verausgabt. Bei Kriegsbeginn war der Lokalkassenbestand $\text{M } 4199,90$, am Schlusse des Jahres 1918 $\text{M } 2329,80$. Bei Beginn des Krieges zählten wir 408, am Schlusse desselben 135 Mitglieder. Nach dem Bericht erwähnte Kamerad Beck die Abnahme unserer Mitgliederzahl, und daß es die ansässigen arbeitenden Kameraden während des Krieges nicht für nötig erachtet hätten, unserm Verbands beizutreten. Er wies hierbei besonders auf die Kruppischen Zimmerer hin, daß dort viele Kameraden beschäftigt waren, die früher dem Verbands angehörten, es aber während der Kriegszeit unterließen, sich dem Verbands wieder anzuschließen. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde vom Kameraden Stradmann verlesen. Danach hatten wir am Schlusse des dritten Quartals einen Lokalkassenbestand von $\text{M } 2406,20$. In Beiträgen gingen im Laufe des dritten Quartals $\text{M } 570,80$ ein. Demgegenüber stand eine Ausgabe von $\text{M } 843,15$, welche Summe sich aber hauptsächlich durch Zahlung von Krankengeldern ergibt. An die Hauptkasse wurden $\text{M } 800$ gesandt. Der Bestand der Lokalkasse am Schlusse des dritten Quartals betrug $\text{M } 2329,80$. Auf Antrag der Revisoren, die erklärten, Kasse und Besetzung in guter Ordnung befunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Gregor Beck erster Vorsitzender, Karl Reich zweiter Vorsitzender, Feinr. Stradmann erster Kassierer, Franz Wbrecht zweiter Kassierer, Karl Waffun erster Schriftführer, Aug. Hegermann zweiter Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kameraden Rud. Krüger und Clemens Stradmann, als Kartellbelegierte die Kameraden Muecat und Waffun, als Beutenkontrollen die Kameraden Dutter und Schmidt gewählt. Unter „Verschiedenes“ kamen die achtsündige Arbeitszeit

und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Zirkusbau zur Sprache. Nach reger Diskussion kam auf Anregung des Kameraden Jansen, Düsseldorf, eine Einigung zustande, wonach am 6. Januar eine Kassenversammlung der am Zirkusbau beschäftigten Zimmerer abgehalten werden soll, um einen einheitlichen Lohn zu erzielen. Nachdem noch die Versammlungen auf jeden ersten und dritten Sonntag im Monat festgesetzt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg i. S. Am Sonntag, 12. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Kamerad Nichtenberger, Dresden, referierte über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe. Den Ausbruch der Revolution betreffend, ging er auf ihren Einfluß auf das Baugewerbe ein. Sei doch auch hier eine der höchsten Forderungen der Gewerkschaften, die achtsündige Arbeitszeit, erfüllt. Diefelbe habe auch für viele Kameraden eine bedeutende Erhöhung des Stundenlohnes gebracht, die unter den gegebenen Verhältnissen schwer zu erreichen gewesen wäre. Es gilt nun auch für die Zimmerer, das Erreichte zu festigen und zu erhalten. Wenn auch im Baugewerbe infolge Fehlens der Materialien und wegen der hohen Preise auf eine gute Privatbautätigkeit nicht zu hoffen sei, so liege es bei Staats- und Stadtbauten etwas besser. Sachsen habe, um die Bautätigkeit zu heben und der Wohnungsnot zu steuern, 200 Millionen vom Reich erhalten. Wenn die Verhandlungen mit dem tschechisch-slowakischen Verband einen noch günstigen Abschluß fänden, sei eine Besserung auf dem Bauholsmarkt zu erwarten. Während vor dem Kriege drei Fünftel sämtlichen Bedarfs an Bauholz in Sachsen eingeführt wurde, sei jetzt die ganze Einfuhr unterbunden. Darum hätten auch wir Interesse daran, daß diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen. Redner ging noch auf den Beschluß des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses ein. Derselbe sieht, um den Kameraden über die große Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen, eine Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 8 Wochen vor. Auch drängen die Verhältnisse dazu, das Verbandsstatut einer vollständigen Umarbeitung zu unterziehen. Es seien ganz wesentliche Unterstützungs-einrichtungen geplant, die auf der einen Seite aber auch eine Erhöhung der Beiträge und Einführung des 52-Wochen-Beitrages erfordern. Die in diesem Jahre stattfindende Generalversammlung unseres Zentralverbandes wird sich eingehend mit dieser Neuordnung zum Wohle unseres Verbandes zu befassen haben. Alle Kameraden müssen in Zukunft rege an der Verbandsarbeit teilnehmen; unorganisierte Zimmerer darf es in der Wahlstelle nicht mehr geben. Nach einer kurzen sachlichen Diskussion ging man zum zweiten Punkt, Jahres- und Kassenbericht, über. Derselbe lag den Kameraden vervielfältigt vor. Die Gesamteinnahme und -ausgabe für die Zentral-kasse betrug $\text{M } 1700,85$. Die Einnahmen der Lokalkasse einschließlich des Kassenbestandes betragen $\text{M } 2802,21$, die Ausgaben derselben $\text{M } 464,67$, wühin ein Bestand der Lokalkasse von $\text{M } 2338,54$. An Familienunterstützung wurden an die Frauen der im Heeresdienst stehenden Kameraden im Berichtsjahre $\text{M } 568$ ausgezahlt. In bar wurden an die Hauptkasse $\text{M } 717,85$ gesandt. Dem graufigen Völkerringen fielen 11 verheiratete und 14 ledige Kameraden zum Opfer. Ihnen allen wird die Wahlstelle ein ehrendes Andenken bewahren. Beim Abschluß des Kassenberichtes zählte die Wahlstelle 60 Mitglieder. Die Zahl hat sich aber durch die vom Militär Entlassenen bedeutend erhöht. Es fanden 5 Versammlungen statt, ferner 5 Vorstandssitzungen und 1 Sitzung mit dem Arbeitgeberverband. Der Versammlungsbesuch war immer ein träger. Hoffen wir, daß es in diesem Jahre besser wird. Gilt es doch, unsere Reihen immer enger zu schließen gegen die wirklichen Feinde der Arbeiterschaft, die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft, in welcher an erster Stelle die Unternehmer im Baugewerbe stehen. Einwendungen gegen den Kassenbericht wurden nicht gemacht. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. In der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kamerad S. Böhme, als erster Kassierer H. Muge, als erster Schriftführer H. Mehnert, als Stellvertreter die Kameraden W. Schöffel, O. Weser und O. Lehner gewählt. Als Revisoren wurden S. Eiert und B. Diehl und als Unterkassierer für die Stadt Kamerad Wittig gewählt. Kamerad Nichtenberger erläuterte noch auf Anfrage die Einführung der Erwerbslosenfürsorge. Nach einem Appell des Vorsitzenden, in diesem Jahre recht tätig für unsern Verband zu arbeiten, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Gürtel. Am 15. Januar fand eine Mitglieder-versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Referat des Kameraden Köhler über die jetzige Situation im Baugewerbe, Jahres- und Kassenbericht, Neuwahl des Wahlstellenvorstandes, Verschiedenes. Kamerad Köhler schilderte die Schwierigkeiten der Arbeitslosigkeit in unserm Berufe und die Notwendigkeit, die aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden der Organisation wieder zuzuführen. Gerade hier am Orte müßten die Kameraden auf der Hut sein, da wir mit Bezug von den kleinen Orten in unserer Umgebung zu rechnen haben, wo die Organisation durch den Krieg gelitten oder überhaupt noch nicht Fuß gefaßt hat. Die Kameraden waren sich auch einig und wollen alles daransetzen, den letzten Zimmerer der Organisation zuzuführen und mit keinem Unorganisierten hier am Orte zusammenarbeiten. Dann gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, welche vom Revisoren Kamerad Thomas Kamerad Hippert entlastet wurde. Die Neuwahl des Wahlstellenvorstandes wurde bis zur nächsten Versammlung verlagert, weil sich die aus dem Felde gekommenen Kameraden erst wieder in die veränderten Verhältnisse einleben müssen. Die Umrechnung des Lohnes von 10 auf 8 Stunden hat sich hier ohne Schwierigkeiten vollzogen; durch Nachfrage bei den Kameraden ist festgestellt worden, daß der Zuschlag überall gezahlt wird. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, das Versammlungslokal „Stadt Hamburg“ wiederzunehmen, und zwar findet alle Mittwochs vor dem 15. jedes Monats eine Versammlung statt. Hierauf erfolgte Schluß der von 22 Mitgliedern besuchten Versammlung.

Hermshorf. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung. Trotzdem verschiedene Kameraden aus unserer Wahlstelle gefallen sind, war die Versammlung

recht zahlreich besucht, und unser Vorsitzender Dreher hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl und Verschiedenes. Gewählt wurden zum ersten Vorsitzenden Kamerad Dreher, zum zweiten Vorsitzenden Kamerad Stempel, zum ersten Kassierer Kamerad Köber, zum zweiten Kassierer Kamerad Hamann, zum ersten Schriftführer Kamerad Jerschow, zum zweiten Schriftführer Kamerad Jaub. Zu Kassenrevisoren wurden die Kameraden Bonay und Siegmann gewählt. Weiter wurde der Winterbeitrag für die Monate Januar und Februar angeregt und beschlossen, pro Monat $\text{M } 1$ Beitrag zu zahlen. Unter „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende unsere Organisationsverhältnisse am Orte zur Sprache. Da noch ein Teil unserer Kameraden der Organisation fernstehe, müsse jeder sein Teil dazu beitragen, um den Feindstücken beizubringen, daß wir nicht bloß dazu da sind, für sie die Kassenien aus dem Feuer zu holen.

Kattowik. Am 23. Januar tagte unsere erste Mitglieder-versammlung seit 1914. Kamerad Schwoch begrüßte im Namen der Wahlstelle die aus dem Felde heimgekehrten tapferen Kameraden und betonte, daß die erste Pflicht der Versammlung sei, die Vorstandswahl vorzunehmen, damit alles wieder ins reine komme. Die gefallenen Kameraden wurden in üblicher Weise geehrt. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Da die Versammlung aus verschiedenen Gründen nur schwach besucht war, wurde beschlossen, den Vorstand, soweit die Kameraden persönlich bekannt waren, per Mitteilung zu wählen. Es wurden einstimmig gewählt: zum ersten Vorsitzenden Kamerad Ernst Misch, zum stellvertretenden Vorsitzenden Paul Grotzka, zum ersten Kassierer Franz Koschik, zum stellvertretenden Kassierer Jos. Schebel, zum ersten Schriftführer Joh. Kaul, zum stellvertretenden Schriftführer Adamowski. Als Revisor wurde Kamerad Ernst Schön gewählt. Von der Wahl eines zweiten Revisors wurde vorläufig Abstand genommen und diese bis zur nächsten Versammlung verschoben. Ferner wurden noch drei Kameraden als Kommission für das Industriegebiet gewählt. Dann ernannte Kamerad Schwoch die neu gewählten Vorstandsmitglieder zur besseren Zusammenarbeit mit der Leitung. Es dürfe nicht wie 1914 gehen, wo der Vorstand gegen die Leitung arbeitete. Redner berichtete dann, daß in den Gruben und Hütten jetzt alles geregelt ist. Es seien nun Mitglieder zu gewinnen, die Forderungen stellen, um mehr Lohn zu erhalten. Es wurden auch zum Teil bessere Lohnverhältnisse erreicht. Die Verwaltungen hängen sich aber darauf, im Baugewerbe vorläufig den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, trotzdem sie sich früher auch an den tariflichen Lohn nicht gebunden fühlten. Im Schlußwort ernannte Kamerad Schwoch, sich mehr an den politischen Wahlvereinen zu beteiligen und die politischen Versammlungen zu besuchen, damit die Kameraden besser belehrt würden und auch nach außen hin andere befehlen können. Es sei dies sehr notwendig, da wir gerade die Wahlen zum preussischen Landtage vor uns hätten. Es müsse alles darangesetzt werden, daß wir besser abschneiden als bei der deutschen Nationalwahl. Es sei schon ein guter Fortschritt in Oberhelfen erreicht worden; aber es genüge noch nicht zur Majorität unserer Vertreter im preussischen Landtage. Da sich aus der Versammlung niemand zur Diskussion gemeldet hatte, war Redner der Meinung, daß die Anwesenden mit seinem Ausführungen einverstanden waren. Somit erfolgte um 9 Uhr Schluß der Versammlung.

Konstanz. Am 17. Januar fand eine Versammlung der vom Militär zurückgekehrten und der während des Krieges am hiesigen Plat beschäftigt gewesen Zimmerleute statt. Zweck der Versammlung war: eine eingehende Besprechung der bestehenden Lohnverhältnisse und der Wiedereintritt aller in Konstanz und Umgebung ansässigen Zimmerleute in den Verband. Kamerad Seitz gab ein anschauliches Bild über das, was von den hiesigen Zimmermeistern während der ganzen Dauer des Krieges an Lohn gezahlt wurde, und was nach allen tariflichen Umänderungen bezüglich auch aller Steuerungszulagen, die während des Krieges periodisch hinzukamen, eigentlich hätte gezahlt werden müssen. Manche der Anwesenden gingen wohl die Augen auf, als sie hörten, daß gegenwärtig für Konstanz ein Stundenlohn von $\text{M } 1,41$ gezahlt werden müsse. In Wirklichkeit aber zahlten die hiesigen Zimmermeister willkürlich, wie es denselben beliebte; feiner aber mehr als $\text{M } 3$ pro Stunde. Dies sind natürlich nur solche Meister, die während des Krieges nicht zum Heere eingezogen waren. Kamerad Seitz hatte in letzter Zeit eine Besprechung über diese Frage mit dem früheren Vorsitzenden der hiesigen Zimmermeister, Herrn Müller, der ihm dann die Versicherung gab, mit seinen Herren Kollegen über die Lohnfrage zu konferieren. Es wurde nun im Laufe der Verhandlungen ein Beschluß herbeigeführt, der dem Vorsitzenden der Zimmermeister ebenfalls mitgeteilt wurde, daß der uns tariflich zustehende Stundenlohn von $\text{M } 1,41$ rückwirkend ab 1. Januar gefordert wird. Nach eingehenden Erläuterungen ließen sich alle anwesenden Kameraden in den Verband aufnehmen. Es wird auch in aller nächster Zeit mit den bei der Firma Stromayer beschäftigten Zimmerern Fühlung genommen werden, um auch sie von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Es kommen dort etwa 14 bis 16 Zimmerer in Frage; auch diese dürften das Gebot der Stunde erkennen.

Ludewalde. Unsere Mitglieder-versammlung am 5. Januar beschäftigte sich mit dem Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Anwesend waren leider nur 13, wäter 15 Kameraden. Nach Verlesung des Protokolls von der letzten Mitglieder-versammlung erstattete Albert Masch, welcher an den Verhandlungen mit den Arbeitgebern teilgenommen hatte, Bericht. Er schilderte kurz den Verlauf. Die Arbeitgeber lehnten die Zahlung des Ausgleichs vom 30. November ab und erklärten einfach, sie müßten davon nichts. Sie wollen die Umrechnung erst ab 1. Januar gelten. Der Lohn beträgt somit ab 1. Januar für einen Zimmergesellen $\text{M } 1,48$. Die achtsündige Arbeitszeit beginnt mit dem 1. Februar. Beginn früh 7 Uhr, Frühstück von 8½ bis 9 Uhr, Mittag von 12 bis 1 Uhr, Schluß $\frac{1}{2}$ Uhr. Dieser Beschluß besteht bis Ende des Tarifvertrages, bis

zum 31. März 1919. Nach eingehender Debatte beschloß die Versammlung, gemeinschaftlich mit dem Bauarbeiterverband die Nachzahlung des Lohnes ab 30. November von den Arbeitgebern zu fordern. Unter „Verschiedenes“ führte der Kassierer Klage, daß Kameraden, welche schon 8 Wochen vom Militär entlassen seien, es nicht für nötig halten, sich anzumelden. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung findet Sonntag nach dem 1. jedes Monats statt. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, daß Kameraden, welche bei Ausbruch des Krieges ihre Bücher nicht rechtmäßig in Ordnung hatten und somit wegen Schulden gestrichen sind, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, eine Strafmarke von M 1,50 und M 4 Strafgebelde, welche der Lokalkasse zustießen, zu zahlen haben. Diejenigen Kameraden, welche nicht Kriegsteilnehmer waren, haben sich den früheren Versammlungsbeschlüssen zu fügen. Nach Prüfung der Gehälter erklärte der Kassierer sich bereit, die Gehälter weiterzuführen, wenn ihm eine Zulage von M 5, somit vierteljährlich M 15, gezahlt werden. Desgleichen erhält der Kolporteur, Kamerad Richard Nitsche, der die Hauskassierung für die Stadt Ludenwalde mit übernimmt, M 15 pro Vierteljahr. Nach Ermahnung des Vorsitzenden, sich in dieser für uns arbeitsreichen Zeit recht zahlreich an den Versammlungen zu beteiligen und zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung tagte am 25. Januar. Kamerad Lauben gab die Antwort auf unsere Forderung vom 8. Januar bekannt und wünschte, daß sich die Kameraden gründlich darüber äußern möchten, da in der Sitzung vom 21. Januar Herr Ganzlin den Vortourf erhoben habe, unser Vorstand oder Lauben hätte die Kameraden mit ihrer Lage unzufrieden gemacht. Die Kameraden Reinhardt, Kleine, Bremer, Lehmann, Noat, Braunsdorf, Ulrich äußerten sich zu dieser Angelegenheit, daß die Zimmerer in der harten Kriegszeit viel zu human gemein seien. Ungelernte Berufe haben unser Lohnneinkommen weit überholt. Die Versammelten sprachen sich dahin aus, daß der Ausdruck des Herrn Ganzlin nicht am Platze sei, da man den gelernten Arbeiter schlechter bezahlt als den ungelerten Arbeiter. Wir müssen unser teures Handwerkzeug selber anschaffen, das infolge der mehr zutage tretenden Scharwerkerarbeit weit mehr abgemüht wird als sonst. Keiner kommt mit dem jetzigen Lohn zurecht. Die Ungerechtigkeit unserer Kameraden kann man verstehen. Bei Krupp führen Schloffer und Zimmerer gemeinschaftlich Arbeiten aus; der Schlofferlohn beträgt pro Stunde M 2, der Lohn der Zimmerer M 1,54. Ähnliches wurde bei Herrn Ganzlin festgestellt, wo Zimmerer und Tischler ein und dieselbe Arbeit ausführen. Die Tischler bekommen Handwerkzeug geliefert, die Zimmerer müssen ihr Handwerkzeug selbst halten. Die Versammlung hatte ein besseres Resultat, als das, was ihr vorgetragen, erwartet. Unfreundlich wurde empfunden, daß sich unsere Arbeitgeber stets auf den Reichstaxi berufen, um keine Zugeständnisse zu machen. Ungehalten waren die Kameraden auch darüber, daß die eventuelle Lohnzulage von 15 % ab 1. Februar auf den neu zu beratenden Lohn- und Arbeitsstarif zum 1. April verrechnet werden soll. Die Versammlung stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß das Angebot der Arbeitgeber vom 8. Januar wurde aufrechterhalten. Sie soll eventuell durch Schiedspruch erreicht werden. Sollte unsere Forderung nicht bewilligt werden, dann werden wir Zimmerer nächsten Freitag wissen, was wir zu tun haben. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde das Vorgehen von 3 Kameraden bei Herrn Ganzlin zur Sprache gebracht. Es wird von den Kameraden erwartet, daß sie dem Tarif mehr Beachtung schenken, und daß sie mehr im Einvernehmen mit den Abgeordneten arbeiten. In den Fabrikbetrieben, wo Zimmerer beschäftigt sind, sollen unsere Forderungen eingereicht werden. Des weiteren soll sich eine Sitzung mit der Angelegenheit des Kameraden Kleine von den Leunawerken befassen.

München. Am 26. Januar tagte unsere ordentliche Generalversammlung, der eine Begrüßungsfeier für die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden voranging. Die Feier wurde eingeleitet durch einen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Chor, den die Gesangsvereine „Selios“ und „Morgenrot“ in musterhafter Weise zu Gehör brachten. In seiner Begrüßungsansprache verwies der Geschäftsleiter Kamerad Englbrecht darauf, daß der Krieg nicht imtande gewesen sei, der Zahlstelle Abbruch zu tun, im Gegenteil seien während des Krieges allein über 1000 Aufnahmen gemacht worden, was allerdings einer umfassenden Agitation der Geschäftsleitung bedürftig hätte. Er ging weiter auf die Ereignisse der letzten Monate des vergangenen Jahres ein und unterzog das Verhalten der bisher die Geschichte des deutschen Volkes leitenden höchsten Personen einer scharfsinnigen Kritik. Die zurückgekehrten Kameraden begrüßte Medner als willkommene Mitkämpfer in den bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfen und hieß sie im Namen der Mitgliedschaft herzlich willkommen. Mit dem Freiheitschor „Empor zum Licht“ schloß die stimmungsvolle Feier. Infolge der vorgeführten Zeit konnten von der nun folgenden Generalversammlung nur mehr die ersten beiden Punkte erledigt werden, während die übrigen einer halbtagig einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung überwiesen wurden. Beide Punkte umfassen den Jahresbericht, aus welchem hervorgeht, daß die Zahlstelle nunmehr wieder 1226 Mitglieder zählt, während der Kassenbestand der Lokalkasse auf M 47 000 angewachsen ist. Als gefallen gemeldet sind 60 Kameraden, deren Andenken die Zahlstelle stets in Ehren halten wird. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der vorliegenden Abrechnung, worauf nach einer anregenden Debatte die Versammlung verlag wurde.

Oppeln. Am 6. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern über den Achtstundentag; Vorstandswahl; Verschiedenes; letzte Quartalsabrechnung von 1918. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden führte Kamerad Schwob aus, daß auch die hiesigen Unternehmer die zwischen dem Arbeitgeberbund und den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Verein-

barungen noch nicht durchgeführt haben. Wie schon vor dem Kriege, so zeigen sich die hiesigen Unternehmer auch jetzt sehr hochheilig, deshalb sei es dringend notwendig, unsere Organisation auszubauen, um den nötigen Druck ausüben zu können. Nur mit einer straffen Organisation wird man die Unternehmer künftig zwingen können, der Lage der Arbeiter Rechnung zu tragen. Die Zimmerer sind nicht mehr gewillt, sich mit schönen Worten abspenken zu lassen. Was einmal beschlossen und vereinbart ist, muß auch gehalten werden, um uns ein menschliches Dasein zu bieten. Bei der Vorstandswahl legte der bisherige Vorsitzende, Kamerad Bruch, seinen Posten aus besonderen Gründen nieder. Als Vorsitzende wurden die Kameraden Wylub und Bruch gewählt. Der Kassierer Mundzitz wurde wiedergewählt. Als zweiter Kassierer wurde Kamerad Paul Wrobel, als Schriftführer die Kameraden Gaf und Glados, als Revisoren die Kameraden Schwierz und Schmainda gewählt. Auch zwei Vertrauensleute wurden gewählt: für den Bezirk Czarnowanz Kamerad Schwierz, für den Bezirk Muchenitz Kamerad Schmainda. Unter „Verschiedenes“ äußerte sich Kamerad Mundzitz, daß etliche Kameraden sich sträubten, den Beitrag zum Lokalfonds, der 20 % ausmacht, zu entrichten. Dann wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen und von den Revisoren für richtig befunden, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Potsdam. Am 19. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Unter „Gewerkschaftliches“ kam die Angelegenheit der Firma Dreßler zur Sprache und außerdem die Unterredung, die der Vorsitzende mit Zimmermeister Schmidt, dem Vorsitzenden der Arbeitgeberorganisation, hatte. Es handelte sich um die 8 Tage zu spät erfolgte Unrechnungsauszahlung von der neunstündigen auf die achtsündige Arbeitszeit. Nach der Verhandlung, die am 3. Dezember 1918 in Brandenburg a. d. S. stattfand, und zwar mit allen beteiligten Stellen, hat der Zentralauschuß entschieden, daß die Unrechnung auf 8 Stunden vom 30. November 1918 an läuft. In Potsdam ist die Unrechnung aber erst vom 9. Dezember 1918 an erfolgt, mithin um 8 Tage zu spät. Die Versammlung war damit einverstanden, die Angelegenheit von Dreßler und Schmidt dem Gauleiter, Kameraden Knüpfer, zu unterbreiten. Kamerad Wenzel gab noch bekannt, daß den Berliner Kameraden ihre Forderung wahrscheinlich nicht bewilligt werde und sie deshalb wieder in den Streit treten würden. Nachdem vom Vorsitzenden noch auf die Erwerbsloosensfürsorge und den Arbeitsnachweis hingewiesen und der Kassierer, Kamerad Buge, für die Abrechnung entlastet worden war, wurde die Versammlung mit der Aufforderung zu einer regen Agitation unter den Kameraden für den Zentralverband geschlossen.

Riesa. Nach 4 Jahren tagte am 21. Januar wieder eine Generalversammlung unserer Zahlstelle. Von 82 Mitgliedern waren 43 erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung hieß der Vorsitzende die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden herzlich willkommen. Das Andenken der auf den Schlachtfeldern gebliebenen Kameraden wurde in üblicher Weise geehrt. Hierauf sprach Kamerad Reinhard Köhler aus Dresden über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, daß sich jeder Kamerad, soweit es in seinen Kräften stehe, an dem Aufbau unserer Zahlstelle beteiligen solle. Anschließend erstattete der Kassierer den Kassenbericht über das vierte Quartal; er wurde entlastet. Es folgten die Neuwahlen zum Zahlstellenvorstande. Leider konnte Kamerad Oswald Ermer das Amt eines Vorsitzenden nicht wieder annehmen, weil er durch Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hat, sehr geschädigt ist. Als erster Vorsitzender wurde Kamerad Arthur Sagner und als erster Kassierer Kamerad Otto Blume einstimmig gewählt. Dann wurde noch eine Regelung der Arbeitsloosensbestellen vorgenommen; auch wurden noch verschiedene lokale Angelegenheiten besprochen. Die Versammlung war soweit gut besucht, aber es könnte noch viel mehr Interesse gezeigt werden.

Spandau. Am 21. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Abrechnung vom vierten Quartal; Regelung unserer Arbeitszeit; Die letzten Vorkommnisse; Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Vorsitzende die Anwesenden, sich zu Ehren des bei der Erstürmung des Spandauer Rathauses ermordeten Genossen Piefer und der in Berlin ermordeten Genossin Luxemburg und des Genossen Liebnecht von ihren Plätzen zu erheben. Hierauf wurde das Protokoll von der vorigen Versammlung verlesen; die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Zur Regelung unserer Arbeitszeit war vom Vorstand der Antrag eingebracht worden, die Wochenarbeitszeit auf 48 1/2 Stunden festzusetzen; wenn es nicht anders geht, mit Lohnausfall für die anderthalb Stunden. Es wurde von verschiedenen Kameraden für und gegen den Antrag gesprochen. Da der Tarif halb abgelaufen ist, wurde die Sache bis Ende März zurückgestellt. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die letzten Vorkommnisse in Spandau führten zu regen Auseinandersetzungen. Für den bei diesen Vorkommnissen ums Leben gekommenen Genossen Piefer war vom der Zahlstelle ein Kranz gestiftet worden. Das Geld dafür sollte durch Sammelkisten aufgebracht werden, was aber leider nicht der Fall war. Deshalb wurde beschlossen, den Kranz aus der Lokalkasse zu bezahlen und die gesammelten Gelder den Hinterbliebenen zu überweisen. Verschiedenes: Da es in der Zahlstelle so üblich war, daß dort, wo bei einem verstorbenen Kameraden ein Pastor mitging, kein Kranz von der Zahlstelle gestiftet wurde, stellte Kamerad Jensen den Antrag: Alle verstorbenen Mitglieder der Zahlstelle Spandau erhalten aus der Lokalkasse einen Kranz mit roter Schleife, auch wenn von seiten der Angehörigen ein Pastor herangezogen wird. Nachdem dann noch verschiedene gewerkschaftliche und politische Angelegenheiten erörtert wurden, war Schluß der gut besuchten Mitgliederversammlung um 10 1/2 Uhr.

Wilddorf. Am 23. Januar fand seit Ausbruch des Krieges unsere erste Versammlung statt. Als Referent war der Kamerad Leuger aus Stuttgart anwesend. Kamerad

Schlüter eröffnete die Versammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder und gedachte der gefallenen Kameraden Albert Schmid und Georg Großmann, deren Andenken durch Erheben von den Sätzen geehrt wurde. Hierauf hielt Kamerad Leuger einen Vortrag über die Aufgaben unseres Verbandes in der Gegenwart und Zukunft. Medner hielt es für selbstverständlich, daß es nichts anderes geben kann, als daß sich alle Zimmerer in Wilddorf und dessen Umgebung dem Verbandsangehörigen; dazu bedürfe es jedoch einer energischen Agitation, wozu jeder mitwirken soll. Nachdem Kamerad Leuger noch die Ergründlichkeiten der Revolution, den Achtstundentag, den Lohnausgleich und die Richtlinien im Baugewerbe Württembergs besprochen hatte, fand eine kurze Diskussion statt. Kamerad Leuger wurde beauftragt, mit den hiesigen Unternehmern in Fühlung zu treten und verschiedene Mißstände zu regeln. Die Wahl des Zahlstellenvorstandes erforderte nur kurze Zeit. Als Vorsitzender wurde Robert Baupfer und als Kassierer Kamerad Karl Schmid gewählt. Das Amt des Schriftführers übernahm Kamerad Schlüter freiwillig; als Revisoren wurden die Kameraden Bost und Wacker bestimmt. Beschlossen wurde, daß die Beiträge ab 1. März bezahlt werden, und zwar 65 % zentral und 35 % lokal. Der Gauleiter wird dafür Sorge tragen, daß das Material der Zahlstelle so bald wie möglich zugefandt wird, damit die Tätigkeit wieder aufgenommen werden kann.

Baugewerbliches.

Der Arbeitsmarkt im Zimmererberufe. Unter dieser Stichmarke haben wir seit längerer Zeit einen Auszug aus dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ gebracht. Wir waren so in der Lage, jede Woche einen Ueberblick über Angebot und Nachfrage von und nach Arbeitskräften in unserem Berufe zu geben und hatten den Zahlstellenvorständen gleichzeitig die Nachkontrolle der Arbeitsnachweise geschaffen. Nachdem der „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ eine ganz Deutschland umfassende Zusammenstellung nicht mehr bringen wird, müssen auch wir auf einen Auszug daraus verzichten. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise ist jetzt dem Statistischen Reichsamt angegliedert, und das macht bekannt, daß, nachdem die zuständigen 25 Zentralauskunftstellen eigene Stellenlisten herausgeben, der „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ nur noch als eine Ergänzung dieser Listen in Frage kommt. Eine zmedientprechende Zusammenstellung für uns ergibt sich daraus nicht.

Versammlungsanzeiger.

- Dienstag, den 11. Februar:**
Kiel: Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Potsdam.**
- Mittwoch, den 12. Februar:**
Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei John, Kirchstr. 1. — **Görlitz:** Abends 6 Uhr in „Stadt Hamburg“, Obersteinweg.
- Freitag, den 14. Februar:**
Cassel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlsru. 17. — **Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — **Münster i. W.:** Abends 7 Uhr bei Aug. Brinlmann, Krummer Limpen 29/30.
- Sonabend, den 15. Februar:**
Hamm, Bez. Ahlen: Abends 7 1/2 Uhr. — **Mühlhausen i. Th.:** Gleich nach Feierabend im „Burgteller“. — **Neurscheid:** Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße.
- Samstag, den 16. Februar:**
Düsseldorf: Nachm. 5 Uhr bei Joh. Meller, Hafenstr. 9. — **Sterzwalbe.** — **Essen:** Vorm. 11 Uhr im Lokale „Groß-Essen“, Steeler Straße 17.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

- (Zahresinverate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M 5, jede weitere Zeile M 2 mehr. Freielegentare werden nicht verabsolgt.)
- Berlin.** Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg.: SO, Engelstr. 15, 1. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2738. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
- Schwelm.** Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Klosterum“, Widdauer Straße 159, 1. Et., Zimmer 18. Herberge das. Verkehrslokale: Volkshaus und „Blauensteiner Bier“, Gaisstr. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umhauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11-1 Uhr und nachm. 5-7 1/2 Uhr.
- Darmstadt.** Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Zellingerstraße 22. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.
- Hamburg.** Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Befenbinderhof 56, Hinterh., 1. Stod. Telefon: Merkur 4428. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umhauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Meisterverzeichnisse werden dort umentgeltlich verabfolgt.
- Hamburg-St. Georg.** Verkehrslokal für Bezirk 4 bei Guard Stoppel, Rochter Straße 50. Telefon: Vulkan 2584. Jeden Sonntag, abendmittags von 9 bis 11 Uhr, Beitragsentgegennahme. Versammlungslokal der Zentraltranskante der Zimmerer.
- Hamburg-Simsbüttel.** Albert Lemde, Verkehrslokal, Bellealliancestr. 45. Jeden Sonntagabend Zahlabend. Jeden letzten Sonntagabend im Monat Zahlabend der Zentraltranskante. Telefon: Merkur 2782.
- Hamburg-Winterhude.** Verkehrslokal bei Heimr. Schulz, Wartplatz 14. Telefon: Merkur 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.
- Hamburg-Ohlenhorst.** Bezirkslokal für Bezirk 10 bei der Wwe. Gärlich, Rogartstr. 17. Zusammenkunft jeden ersten Montag im Monat.
- Hamburg-Warmbeck.** Verkehrs- und Bezirkslokal für den Bezirk 9 bei S. Rohmeyer, Nönnendstr. 67. Beitragsentgegennahme jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags.
- Kiel.** Zahlstellenbureau Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. Et., Zimmer 16. Telefon 2241. Differenzen über Lohn und Arbeitsbedingungen sind hier zu melden. Arbeitsloosenskontrolle von 10 bis 11 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schloss. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus.
- Wannheim.** Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. v. 9, 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 5270. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitsloosens haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.
- Winnitz.** Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Postalozstr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod., Zimmer 64. Telefon 51030. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 8 bis 11 Uhr ununterbrochen. Arbeitsloosensmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glodenbach 10.